

Beiträge zur Zeitgeschichte



Von Dr. Klaus Rose

Musste auch eine demokratische DDR untergehen?

Vor genau zwanzig Jahren besiegelte der Vertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion mit der Bundesrepublik Deutschland das baldige Ende der DDR. Im März 1990 hatte die DDR durch ihre freie Volkskammerwahl noch den Anspruch erworben, eine demokratische Republik zu sein. Warum ging diese dann unter?

Über 93 Prozent der Wahlberechtigten hatten – erstmals freiwillig – an der freien Wahl zum eigenen Parlament teilgenommen. Gar mancher Politiker, ob ganz neu oder schon „vorher“ tätig, bekam jetzt Träume, wie es sich in dieser demokratischen DDR einrichten ließ. Ob es sich um den „Dritten Weg“ zu einem zweiten deutschen Staat mit demokratischem Sozialismus oder um einen „westlichen Werten“ entsprechenden Parallelstaat handeln könnte, war dem (fast) freien Spiel der Kräfte überlassen. Politischer Pluralismus hatte die SED-Einheitspartei abgelöst. Doch das vorherige Unwort vom „demokratischen Sozialismus“ war ausgerechnet zum Rettungsmanöver der letzten SED-Strategen geworden. Vergeblich, wie sich bald herausstellte. Aber wieder aufgegriffen von der heutigen „Linkspartei“.

Vorstufen zur demokratischen DDR

Noch Ende Oktober 1989 hatte eine der Bürgerrechtsbewegungen in der sozialistischen DDR, der „Demokratische Aufbruch“ (DA), für sich den „Demokratischen Sozialismus“ als Orientierungsnorm vertreten. Als am 17. November 1989, also nach der Öffnung der Berliner Mauer, Hans Modrow DDR-Ministerpräsident wurde und die Reform-Professorin Christa Luft zu seiner Stellvertreterin und Wirtschaftsministerin machte, erstrebte man mit Hilfe einer „Wirtschaftsreform“ die Umwandlung Volkseigener Betriebe zu profitablen Unternehmen. In Folge davon beschloss der Ministerrat am 1. März 1990 eine „Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums (Treuhändanstalt)“. Die Volksbetriebe sollten nun zu Kapitalgesellschaften umgewandelt werden. Eine parlamentarische Kont-



Die Wirtschaftsprofessorin Christa Luft (rechts) bekam von der Volkskammer im Dezember 1989 den Auftrag, die DDR-Planwirtschaft umzuformen.

rolle war nicht vorgesehen, ihr Fehlen aber als Schwachpunkt bewertet.

Auch eine „Politreform“ sollte zu „mehr Demokratie“ führen. So verzichtete am 24. November 1989 die SED unter ihrem neuen Vorsitzenden Egon Krenz auf den verfassungsmäßigen Führungsanspruch. Am 6. Dezember 1989 räumte Egon Krenz seinen Sessel als Staatsratsvorsitzender und am 9. Dezember wurde er auch als SED-Chef abgelöst und durch Gregor Gysi ersetzt. Mehr und mehr verfiel man auf „Runde Tische“, Gespräche mit den Bürgerrechtlern. Nach dem Fall der Mauer hatte es noch eine Masseninitiative zur Formung einer „sozialistischen Alternative zur Bundesrepublik“ gegeben. Deren Aufruf „Für unser Land“ hatten am 26. November 1989 Hunderttausende von DDR-Bürgern unterzeichnet. Auch unter diesem Eindruck hatte der anfangs zögerliche Bundeskanzler Helmut Kohl seinen legendären „10-Punkte-Plan“ am 28. November 1989 im Deutschen Bundestag vorgelegt. Nach der Kohl-Initiative, die nur mit US-Präsident George Bush abgestimmt war, welcher zu Kohl und zum deutschen

NATO-Generalsekretär Manfred Wörner besonderes Vertrauen hatte, kam Bewegung in die Entwicklung. Aber weder die Demokratisierung der DDR noch die deutsche Vereinigung wurde zu diesem Zeitpunkt als unausweichlich betrachtet. Der „Status quo“, also die Existenz von zwei „friedlichen“ deutschen Staaten, hatte sich weltweit zum angenehmen Symbol der „Koexistenz von Sozialismus und Kapitalismus“ entwickelt. Dass ausgerechnet Egon Krenz in seiner kurzen Zeit als Staatsratsvorsitzender und SED-Chef vom amerikanischen Präsidenten eine Bestätigung des „Status quo“ erwartete, mit der Begründung, dann gäbe es weiterhin einen deutschen Staat ohne „Nazi-Widerwärtigkeiten“, erfüllte den Begriff vom „Treppenwitz der Geschichte“. US-Präsidenten hatten Ost-Berlin stets links liegen lassen. Deshalb erhielt Krenz nie eine Antwort von Bush.

Die demokratische DDR

Dass der „Dritte Weg“ keine Chance bekam, lag an den in Bewegung geratenen Massen, die westlichen Wohlstand forderten, und zwar schnell, publik gemacht über BILD

und andere. Außerdem hatte die internationale Staatengemeinschaft, nach dem ersten Schock über die Ereignisse und nach der Überwindung der Angst vor einem gefährlichen Ende der „Stabilität“ in Zentraleuropa, die echte Demokratisierung der DDR eingefordert. Diese wurde auch zur Vorbedingung für eine Vereinigung aller Deutschen. Denn nur ein demokratisches Parlament konnte den „Beitritt“ beschließen. So einigte man sich schließlich auf freie Wahlen zur Volkskammer. Der „Demokratische Aufbruch“ trat in der „Allianz für Deutschland“ gemeinsam mit CDU und DSU im Wahlkampf auf (vgl. „Beiträge zur Zeitgeschichte“ Nr. 38). Deren gewaltiger Wahlsieg am 18. März 1990 (über 48 Prozent) wurde zur plebiszitären Entscheidung zugunsten einer möglichst schnellen Vereinigung beider deutscher Staaten. Darauf einigte man sich schon in der Koalitionsvereinbarung vom 12. April 1990. Der Weg sollte über eine Wirtschafts- und Währungsunion erfolgen, mit der Vorstufe einer „Währungsreform“ (Ostmark 1:1 in DM). Da im einsetzenden politischen Gezänk nun von der „kapitalistischen Unterwerfung“ die Rede war, ergänzte man das Ganze mit der „Sozialunion“ (Juli 1990). Der Deutsche Bundestag stimmte dieser „DDR-Umwandlung“ mit den Stimmen von Union und FDP zu, also ohne SPD. Dem **Beitritt zum Grundgesetz** der Bundesrepublik Deutschland stand spätestens jetzt nichts mehr im Wege. Die DDR war seit dem März 1990 ein freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat geworden, mit fünf neuen Bundesländern und selbstverständlich noch mit Geburtswehen. Aber es waren die Bürger selbst, die sich diesen Rechtsstaat erarbeiteten. Durch die Wahlen, durch die neue Volkskammer-Präsidentin und zugleich Staatschefin Sabine Bergmann-Pohl, durch die neue Regierung unter Ministerpräsident Lothar de Maiziere, durch die anpackenden neuen Minister. Dass Rainer Eppel-

mann als Verteidigungsminister und Markus Meckel als Außenminister lange von einem souveränen Staat träumten, mit eigenen Truppen und Diplomaten, stieß dem Deutschen Bundestag allerdings unangenehm auf. Die Geschichte belehrte auch sie eines Besseren. Am 3. Oktober 1990 kam die Einheit.